FONDAZIONE BRUNO KESSLER
BIBLIOTECA

HEY JOE

MICHAEL FRÖHLICH, *Das Lange Scheitern einer Illusion : die Deutsche Kolonialbewegung im Kaiserreich*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento» (ISSN: 0392-0011), 24 (1998), pp. 217-238.

Url: https://heyjoe.fbk.eu/index.php/anisig

Questo articolo è stato digitalizzato dal progetto ASTRA - *Archivio della storiografia trentina*, grazie al finanziamento della Fondazione Caritro (Bando Archivi 2021). ASTRA è un progetto della Biblioteca Fondazione Bruno Kessler, in collaborazione con Accademia Roveretana degli Agiati, Fondazione Museo storico del Trentino, FBK-Istituto Storico Italo-Germanico, Museo Storico Italiano della Guerra (Rovereto), e Società di Studi Trentini di Scienze Storiche. ASTRA rende disponibili le versioni elettroniche delle maggiori riviste storiche del Trentino, all'interno del portale HeyJoe - *History, Religion and Philosophy Journals Online Access*.

This article has been digitised within the project ASTRA - *Archivio della storiografia trentina* through the generous support of Fondazione Caritro (Bando Archivi 2021). ASTRA is a Bruno Kessler Foundation Library project, run jointly with Accademia Roveretana degli Agiati, Fondazione Museo storico del Trentino, FBK-Italian-German Historical Institute, the Italian War History Museum (Rovereto), and Società di Studi Trentini di Scienze Storiche. ASTRA aims to make the most important journals of (and on) the Trentino area available in a free-to-access online space on the HeyJoe - *History, Religion and Philosophy Journals Online Access* platform.

con il contributo di
FONDAZIONE CARITRO
CASSA DI RISPARMIO DI TRENTO E ROVERETO

FONDAZIONE BRUNO KESSLER
BIBLIOTECA

HEY JOE

Nota copyright

Tutto il materiale contenuto nel sito HeyJoe, compreso il presente PDF, è rilasciato sotto licenza Creative Commons Attribuzione–Non commerciale–Non opere derivate 4.0 Internazionale. Pertanto è possibile liberamente scaricare, stampare, fotocopiare e distribuire questo articolo e gli altri presenti nel sito, purché si attribuisca in maniera corretta la paternità dell'opera, non la si utilizzi per fini commerciali e non la si trasformi o modifichi.

Copyright notice

All materials on the HeyJoe website, including the present PDF file, are made available under a Creative Commons Attribution–NonCommercial–NoDerivatives 4.0 International License. You are free to download, print, copy, and share this file and any other on this website, as long as you give appropriate credit. You may not use this material for commercial purposes. If you remix, transform, or build upon the material, you may not distribute the modified material.

con il contributo di
FONDAZIONE CARITRO
CASSA DI RISPARMIO DI TRENTO E ROVERETO

Das lange Scheitern einer Illusion: Die Deutsche Kolonialbewegung im Kaiserreich

von *Michael Fröhlich*

Vom 21. bis zum 28. Oktober 1880 tagt in Berlin der 19. Kongreß Deutscher Volkswirte. Themen sind Auswanderung und Expansion, die Kolonisation und ihre Verfechter, die in den siebziger Jahren verstärkt von sich reden machten. Zu den Referenten zählt Friedrich Kapp, nationalliberaler Politiker und Mitglied des Reichstags. Kapps Diskussionsbeitrag ist eine bemerkenswerte Antwort auf die Frage: Wie wichtig ist die Kolonisation? Welche Bedeutung ist der Kolonialbewegung einzuräumen? Gibt es Alternativen? Um es vorwegzunehmen: Kapps Urteil fällt vernichtend aus. Und dies zu einem Zeitpunkt, als das Deutsche Reich noch nicht einmal über Kolonien verfügt. Die Kolonisation ist – folgt man dem Referenten auf dem Kongreß – ein großer historischer Irrtum, in Vergangenheit und Gegenwart. Zwar ein immergrünes Thema, aber vor allem ein Archiv des Schreckens, der wirtschaftlichen Fehlkalkulation und – so könnte man überspitzt sagen – das wüste Psychogramm eines Aufsteigers. Unberührt von Kontroversen und vom Konsens der kolonialen Propagandisten scheint er seinen Zuhörern entgegenzurufen: Der Aufsteiger kennt nicht den Preis. Kapp übt sich in beißendem Spott und zersetzender Kritik an der kolonialen Agitation der letzten Jahre; gegen die um sich greifende Begeisterung stellt er die Skepsis des Ökonomen und die Kenntnis des Historikers. 1871 schrieb Kapp in einer Studie über Friedrich den Großen und die deutsch-amerikanischen Beziehungen:

«Wir Deutsche werden überhaupt wohl daran thun, uns unser Verhältniss zum Auslande nicht zu leicht zu denken. Ueber die Gleichgültigkeit und selbst theilweise Verachtung, der wir früher nur zu sehr begegneten, sind wir durch die harte Arbeit der letzten sieben Jahre glücklich hinausgekommen. Es ist aber immer noch die böse Erbschaft unsrer Vergangenheit, jener kleinstaatlichen Ohnmacht und Zerstücklung, dass wir weder das Vertrauen, noch die Liebe fremder Nationen besitzen. Das schadet nichts; oderint dum metuant! Eine deutsche Politik, beruhend auf Gerechtigkeit gegen uns und gegen Andere, geleitet mit Selbstbewusstsein und Kraft, wird uns, wenn auch nicht im ersten Anlaufe, doch sicher die Bundesgenossen für die Ziele gewinnen,

deren Erreichung wir uns im nationalen und allgemein menschlichen Interesse gestellt haben. Aber rechnen wir dabei, wenn überhaupt, auf die Vereinigten Staaten nur in allerletzter Linie»[1].

Diese Bilanz, gezogen 1871, fügt sich präzise in die aktuelle Diagnose des Jahres 1880 ein. Im Licht der historischen Konflikte addiert Kapp die Bedrohungen und führt ohne sibyllinische Formulierungen in das Herz des Problems:

«Die ganze Welt betrachtet uns mit Mißtrauen, und die Engländer erst recht. Überhaupt kann sich wohl ein Privatmann da, wo er eine günstige Gelegenheit erspäht, in eine neue und größere Stellung hineindrücken; ein Staat, eine Großmacht aber muß mit allen ihren Machtmitteln eintreten, wenn sie eine neue Position erringen und behaupten will. Es darf ihr dann selbst auf einen Krieg nicht ankommen, und wenn sie ihn nicht will, so wird er ihr von ihrem mißgünstigen Nachbarn aufgedrängt werden. Aber diese sich ganz von selbst verstehende Perspektive schweigen unsere would-be-Kolonisatoren wohlweislich tot. Sie denken, erst drücken wir unsere Wünsche durch, und dann mögen die anderen weiter sehen»[2].

Kapp spricht im Kreis von Gleichgesinnten. Aber er weiß genau, daß diese Analyse, in lockerer Form verabreicht, ihm den Ruf eines «schlechten Deutschen» eintragen könnte, wenn nicht gar das Attribut des «Reichsfeindes». Und trotzdem hält er an seiner Ansicht fest, daß das Reich ungleich wichtigere Aufgaben wahrzunehmen hat, als «mit fremden Weltteilen anzubinden und Abenteuer zu suchen». Dies ist selbstverständlich keine Absage an expandierenden Handel, für den Kohlen- und Flottenstationen nötig sein mögen, wohl aber an Prestige-, Kolonial- und schließlich auch 'Weltpolitik'[3], die in den neunziger Jahren Furore macht und zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts in einer Mischung von Aggressionslust und Bedrohungsgefühl kläglich scheitert[4]. Aber eigentlich braucht Kapp dem Kongreß nicht ins Gewissen zu reden. Denn auch der Nukleus der kolonialen Argumentation die-

[1] Zitiert nach: R. POMMERIN - M. FRÖHLICH (edd), *Quellen zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1776-1917*, Darmstadt 1996, S. 101.

[2] Im folgenden zitiert nach H. FENSKE (ed), *Im Bismarckschen Reich 1871-1890* (Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert; Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, VI), Darmstadt 1978, S. 258-260.

[3] Eine der neuesten Studien: G. FESSER, *Der Traum vom Platz an der Sonne. Deutsche «Weltpolitik» 1897-1914*, Bremen 1996; dazu V. ULRICH, *Die nervöse Großmacht*, in «Die Zeit», Nr. 37 vom 6. September 1996, S. 61.

[4] Vgl. allgemein: E. KOLB, *Stabilisierung ohne Konsolidierung? Zur Konfiguration des europäischen Mächtesystems 1871-1914*, in P. KRÜGER (ed), *Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte seit der Frühen Neuzeit* (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 35), München 1996, S. 189-197.

ser Jahre, die Auswanderung in Kolonien zur Stornierung von Krisen und Konflikten, findet bei den Versammelten keine Resonanz. Freilich sind es nicht die Armen und Ausgestoßenen, nicht die Gekreuzigten der Kolonialgeschichte, die die Delegierten nachdenklich stimmen. Und natürlich sind sie keine kausalitätsgläubigen Chronisten. Doch deutlicher als jede Statistik zeigt ihnen der Augenschein, daß die Kolonisation in keinem Verhältnis und keinem Nutzen zu den Risiken überseeischer Expansion steht. Die Kolonisation ist – so die überwiegende Ansicht der Versammelten – ein Anachronismus in einer Zeit, in der freier Welthandel triumphiert[5]. An dieser Überzeugung ändern die Advokaten der Auswanderung nichts. Was ist die Alternative zur Kolonisation? Die Alternative sind aus der Sicht der Volkswirte Handelsverträge zur Sicherstellung von wirtschaftlichem Profit. Kommerz und Kultur bilden in ihren Augen keine natürliche Allianz, von Kultur, Kirche oder gar Mission ist in ihren Beiträgen keine Rede, erst recht nicht von der «verheißungsvollen Bahn nationaler Entwicklung», Begriffe, die sich mit ihrer Auffassung schlecht vertragen. Und so beschließt der Kongreß im Oktober 1880:

«Während der Reichsregierung die Pflicht obliegt, die Auswanderung auf Grund bestehender Gesetze unbehelligt zu lassen, sie aber vor Ausblutung und Bedrückung zu schützen, hält es der volkswirtschaftliche Kongreß für nicht zulässig, daß auf Kosten der Gesamtheit und zu Gunsten einzelner Klassen teuere und aussichtslose, wenn auch wohlgemeinte Versuche mit Errichtung irgendwelcher Art von Kolonien angestellt werden».

Von Anfang an scheint klar zu sein: Die koloniale Bewegung leidet unter Geburtswehen. Doch der Beschluß der Volkswirte versetzt niemandem den Todesstoß, im Gegenteil, in der zweiten Häfte der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre findet koloniale Propaganda mehr und mehr Beachtung. Die Agitatoren konfrontieren die Öffentlichkeit mit einem Thema, das zu einem permanenten Begleiter des Geschichtsstudiums in Vergangenheit und Gegenwart geworden ist[6].

Wer sind die Exponenten? Zu den Musterschülern der zweiten Reihe zählt der Hamburger Jurist Wilhelm Hübbe-Schleiden, der nach dem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst von 1875 bis 1877 als Kaufmann in Westäquatorialafrika lebt. Die Eindrücke dieser Jahre

[5] 1879 wurde allerdings das Prinzip des Freihandels aufgehoben, und es erfolgte der Übergang zur Schutzpolitik.

[6] Grundlegend: H. GRÜNDER, *Geschichte der deutschen Kolonien*, Paderborn - München - Wien - Zürich 1992[2].

präsentiert er in dem Buch *Ethiopien*[7], mit dem er das westliche Äquatorialafrika – und nicht Äthiopien – bezeichnet. Diese *Studien über Westafrika* sind zwar erst das propagandistische Gesellenstück, dem weitere Publikationen folgen, doch erzielt er mit ihnen 1879 schon beachtliche Aufmerksamkeit. Es gelingt ihm, sein Gefallen am Schreiben zur Profession zu kultivieren. Obwohl der Jurist – ebenso wie andere bekannte Kolonialpropagandisten – keineswegs als Wirtschaftsexperte gelten kann, versteht er sich zu Empfehlungen für die deutsche Industrie, plädiert für überseeische Marktexpansion, für Kapitalexport und Importproduktion und votiert für die «rationelle ... Anlage alle[n] solchen deutschen Kapitals, das gegenwärtig hier in unrichtigen Produktionszweigen verkommt»[8]. Hübbe-Schleidens Kernaussage lautet: «Eine Ausdehnung unsres Wirthschaftsgebietes ist das Einzige, was unser Volk vor der Versumpfung retten kann»[9]. Auf diese Weise wird der «Stoffwechsel unsres Volkslebens» einen zusätzlichen Impuls erhalten. Allerdings: Der Advokat der Auswanderung erschöpft sich in Allgemeinplätzen und verzichtet auf jeglichen konkreten Bezug zu aktuellen gesellschaftlichen Problemen, die nach seiner festen Überzeugung einen 'dies irae' erwarten lassen, aber in die Diktion seines Buches noch nicht einfließen. Zwei Termini spielen eine große Rolle. 'Tropische Kultivation' und 'subtropische Kolonisation' sind Eckpfeiler seines Expansionsmodells, das letztlich darauf hinausläuft, Afrikanern 'Zivilisation' und 'Kultur' zu ermöglichen, den Europäern hingegen Reichtum und Importproduktion. In seinen späteren Publikationen distanziert sich Hübbe-Schleiden zunehmend von England als dem kolonialen Vorbild und bekennt sich zu einer aggressiveren deutschen Überseepolitik. Dadurch zollt er zum einen nationalistischen Strömungen Tribut und öffnet zum anderen sozialen Krisenargumenten die Tore. «Handeln, nicht reden», so lautet seine Ratio, «deutsche Staatsbeamte und Gelehrte werden dem Deutschen Reich die reale Welt nicht gewinnen, wenn es das deutsche Volk nicht tut». Auf keinen Fall soll das Reich das «fünfte Rad an Englands Wagen» bleiben. Doch nicht nur Hübbe-Schleiden entdeckt in diesen Jahren sein Herz für Kolonisation.

[7] Hier und im folgenden zitiert nach W. HÜBBE-SCHLEIDEN, *Ethiopien. Studien über West-Afrika mit einer neu entworfenen Special-Karte*, Hamburg 1879.

[8] Hier und im folgenden zitiert nach K.J. BADE, *Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit. Revolution - Depression - Expansion*, Freiburg i.Br. 1975, S. 100.

[9] Zitiert nach: M. FRÖHLICH, *Imperialismus. Deutsche Kolonial- und Weltpolitik 1880-1914*, München 1994, S. 141 f.

Ein weiterer, einflußreicher Expansionspublizist ist der aus Sachsen stammende Rittergutsbesitzer Ernst von Weber, der wie Hübbe-Schleiden mehrere Jahre in Übersee gelebt und im Auswärtigen Amt vergeblich für koloniales Engagement geworben hat. Sein Ehrgeiz läuft sich jedoch an Bismarcks Entschlossenheit fest, sich von überseeischem Engagement zu distanzieren. *Vier Jahre in Afrika* lautet der Titel des 1878 veröffentlichten Reiseberichts, mit dem Weber sich – neben anderen Schriften – als sozialimperialistischer Theoretiker und Verfechter des *Exports der sozialen Frage*[10] vorstellt. In Webers Augen droht eine Anglisierung der Welt, der es entschieden entgegenzutreten gilt. Seine zentrale Aussage ist jedoch, daß das «Mißverhältnis zwischen der Zahlt der Besitzenden und der Besitzlosen» korrekturbedürftig ist. Dementsprechend empfiehlt er eine planmäßige 'Übersiedelung' des Proletariats, das gegen revolutionäre Ideen nicht immun ist. Die Lösung ist ebenso einfach wie plaktiv: «Verminderung der Zahl unserer ärmsten Arbeiter durch stetige Massenauswanderung und Eröffnung neuer Märkte für unsere Arbeitserzeugnisse durch Aufschließung neuer Handelsgebiete»[11]. Dabei schweben ihm durchaus konkrete Zahlen vor, mindestens 200.000, noch besser 300.000 Menschen sollen jährlich das Deutsche Reich verlassen, um in Übersee ihre wirtschaftliche Not abzuschütteln. Auswanderungsziel ist für ihn nicht nur «Neu Deutschland» in Südafrika, sondern Südamerika. Überzeugt von der Gefahr sozialistischer Verschwörungen geht es ihm erklärtermaßen um ein «Vorbeugen blutiger Revolutionen, die uns in Zukunft mit mathematischer Sicherheit bevorstehen, wenn ihre Ursache, die unaufhaltsam fortschreitende Überfüllung unseres Landes mit Proletariern, nicht nachdrücklich eingeschränkt und vermindert wird». Weber schreibt damit den Anspruch auf wissenschaftliche Genauigkeit fest und suggeriert eine präzise Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge. Die Schriften von Weber, Hübbe-Schleide wie auch Friedrich Fabri, den Drillingen der Kolonialbewegung, bezeugen ein Krisenbewußtsein, in dem Vokabeln wie 'Pauperismus'[12] und 'Sozialdemokratie' eine große Rolle spielen.

[10] Hier und im folgenden zitiert nach E. VON WEBER, *Die Erweiterung des deutschen Wirthschaftsgebiets und die Grundlegung zu überseeischen deutschen Staaten. Ein dringendes Gebot unserer wirthschaftlichen Nothlage*, Leipzig 1879.

[11] Zitiert nach K.J. BADE, *Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit*, S. 101.

[12] Vgl. W. HARDTWIG, *Vormärz. Der monarchische Staat und das Bürgertum* (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart), München 1985, S. 70-73.

Aber erst Friedrich Fabri, dem «Vater der deutschen Kolonialbewegung»[13], gelingt es, die Öffentlichkeit z.T. zu seinen Schülern zu machen. Breitere Kreise zieht die Expansionsdiskussion mit der Broschüre *Bedarf Deutschland der Colonien?*[14], 1879 von dem aus fränkischer Pfarrersfamilie stammenden Fabri veröffentlicht[15]. Auch wenn noch viele Fragen bleiben, mit der Broschüre läßt sich offensichtlich arbeiten. Seit dem Revolutionsjahr 1848 ist der Sohn eines Pfarrers und Gymnasialprofessors als Religionslehrer und Gefängnisgeistlicher tätig, bevor er die Leitung der Rheinischen Mission in Barmen übernimmt. Schon in frühen Beobachtungen des Zeitgeschehens ist Angst vor Unruhen erkennbar, das aus der Revolutionsphase resultiert und für sein weiteres Leben bestimmend bleibt. «Wir leben», so notiert er im November 1848, «in einer Zeit der Krisis, dergleichen kaum je, ja seit das Christentum in die Weltgeschichte eingetreten, überhaupt nicht dagewesen ist»[16]. Und weiter: «Ich setze in dieser Beziehung die Gegenwart noch über die Reformationszeit, so unendlich wichtig auch die Bewegungen des 16. Jahrhunderts gewesen sind». Von den unteren und untersten Schichten des Volkes sieht er eine drohende Gefahr ausgehen, die in Anarchie einmünden kann, sollte nicht bald eine 'Heilung' möglich sein. Für sein politisches Credo spielt die soziale Frage also von Anfang an eine ungeheure Rolle, sie bildet den Schlüssel zu seinem Denken und Handeln, sie ist gewissermaßen das Bewegungsgesetz neuzeitlicher Geschichte: «Hinter allen politischen Fragen der Gegenwart steht als Lebensfrage für die Zukunft die sogenannte soziale Frage», die für ihn im Grunde «die eigentliche Frage des 19. Jahrhuderts» ist. Angesichts des Bevölkerungsdrucks und der Zunahme des Pauperismus ist eine 'Massenauswanderung' mehr denn je eine 'sozialpolitische Notwendigkeit'[17]. Überbevölkerung, Überproduktion und Kapitalüberschuß sind die Ursachen für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise des Kaiserreichs. Als Lösung empfiehlt er die Massenauswanderung – und fordert eigene Kolonien. Dabei denkt er sowohl an Handels- wie an Siedlungskolonien, die die 'Irregeleiteten' – und das sind nach seiner Ansicht revolutionäre Sozialdemokraten – aufnehmen sollen. Ultima ratio sind Verbrecherkolonien. Fabris Ant-

[13] K.J. BADE, *Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit*, S. 31.

[14] Gotha 1879.

[15] K.J. BADE, *Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit.*

[16] Hier und im folgenden zitiert nach *ibidem*, S. 34 f.

[17] *Ibidem*, S. 80.

wort auf die soziale Frage besteht also in der Auswanderung, die neben der Frage des wirtschaftlichen Exports in der Expansionsdiskussion allgemein breiten Raum einnimmt. Dies vornehmlich aus vier Gründen: die Emigration wird als schwerwiegender volkswirtschaftlicher Aderlaß empfunden, sie läßt sich als 'Sicherheitsventil' in sozialökonomischen Krisen funktionalisieren, sie begünstigt den Export und läßt sich agitatorisch weitaus besser «ausschlachten» als trockene wirtschaftliche Statistiken. Am 14. September 1886 hält Fabri vor dem Allgemeinen Deutschen Kongreß in Berlin eine Rede über den Erfolg der deutschen Kolonialbewegung und stellte am Ende einen Resolutionsantrag, in dem die Auswanderung nach wie vor «als wirtschaftlich notwendige, besonders durch unsere Bevölkerungszunahme gebotene Tatsache»[18] gefordert wird. Doch noch immer sind Erwartungen und Angebote schwer kompatibel. Mittlerweile verfügt das Reich zwar über mehrere Kolonien, an deren Erwerb selbst Bismarcks nicht ganz unbeteiligt ist; aber soviel ist gewiß: Die Periode von Versuch und Irrtum ist noch lange nicht abgeschlossen. Und im Hintergrund der öffentlichen Diskussionen und Referate hockt immer wieder in Abwandlung eines Buchtitels[19] die Frage: Does colonialism pay? Kontinuierlich müssen die Propagandisten unwillkommene Deutungen schleifen, nach denen ihre Interpretation der sozialen Frage und Krisen sich der Realität nicht nähert. Ihr Ideal büßt an Suggestion ein.

Im Interesse kolonialer Expansion versucht Hübbe-Schleiden, sozusagen als «Fabri's pen», die Gründe für die als notwendig angesehene überseeische Ausdehnung einem breiteren Publikum darzulegen. Am 4. August 1881erscheint in der «Kölnischen Zeitung» ein Aufsatz über die «Motive zu einer überseeischen Politik Deutschlands», in dem Hübbe-Schleiden in enger Anlehnung an Fabris Gedanken und Diktion Informationen für koloniale Wahlkampfdiskussionen liefert – und zum Teil enthusiastische Reaktionen auslöst. Der Afrikaforscher Eduard Robert Flegel vergleicht Hübbe-Schleidens Motive in ihrer Bedeutung mit Luthers Wittenberger Thesen. Angesichts der «Ungunst der wirtschaftlichen Lage»[20], der «Übelstände unseres Volkslebens», der «schädlichen Wirkungen unserer Massenauswanderung», sowie der «Gefahr für unsere Nationalität», die auch Hübbe-Schleiden in der Anglisierung

[18] *Ibidem*, S. 357.

[19] L. Davis - R. Huttenback, *Mammon and the Pursuit of Empire: The Political Economy of Britisch Imperialism, 1860-1912*, [London] 1987.

[20] Hier und im folgenden zitiert nach K.J. Bade, *Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit*, S. 147 ff.

der in Übersee lebenden Völker erblickt, fordert der Verfechter einer Expansion die Ausdehnung des Wirtschaftsgebietes sowie eine entsprechende Organisation der Auswanderung, um dem Reich diese nationalen Kräfte zu erhalten. Daß es in letzter Konsequenz nicht nur um Kolonialerwerb geht und die Abwehr englischen Einflusses keinen Selbstzweck darstellt, verdeutlicht der emphatische Appell: «Überseeische Politik ist daher das Ziel, welches wir bei jeder sich uns bietenden Gelegenheit im Auge zu behalten haben. Überseeische Politik allein vermag auch den Grund zu legen zu einer Weltmacht Deutschlands!». Zu Beginn der achtziger Jahre löst die Vokabel 'Weltmacht' indes kaum Resonanz aus. Hamburger Kaufleute können und wollen mit diesem konturlosen Begriff nichts anfangen, und in den Vorstandszimmern deutscher Banken zeigt man sich gegenüber Kolonien ohnehin verschlossen. Doch die Einstellung gegenüber England ist janusköpfig: Das britische Empire ist und bleibt Antipode und Vorbild zugleich.

In derselben Ausgabe der «Kölnischen Zeitung», die Hübbe-Schleidens Artikel druckt, wird ein Kommentar publiziert, der die Reichstagswahl und überseeische Politik thematisiert. In diesem vermutlich von Fabri selbst stammenden Aufsatz werden die einzelnen Schritte zur Realisierung kolonialer Politik minutiös vorgezeichnet. Die erste Stufe, so der Verfasser, besteht darin, durch intensive Propaganda überhaupt erst das Bewußtsein der Öffentlichkeit für koloniale Fragen zu wecken. Der zweite Schritt besteht aus vorbereitenden Maßnahmen zur Organisation der Auswanderung und vor allem aus einem Transfer der Diskussion in den Reichstag, wo drittens aktive Kolonialpolitik initiiert werden muß. Doch den Propagandisten bleibt der erhoffte Erfolg zunächst versagt. Die überseeische Politik wird nicht zur Wahlkampfparole der Parteien, und die Hansestädte lassen sich von den «metaökonomischen» Weltmachtträumen kolonialer Phantasten kaum beeindrucken.

Trotz allem ist die koloniale Frage jetzt Bestandteil öffentlicher Diskussion geworden. Die ökonomische Talfahrt von 1883 bietet hierfür eine Erklärung, die kontroversen und polemischen Auseinandersetzungen über innenpolitische Konflikte spielen dafür eine Rolle. Für Fabri sind die ersten Niederlagen kein Anlaß, die Bemühungen einzustellen; im Gegenteil, mit Vehemenz setzt er sich weiter für den kolonialen Gedanken ein. Und die Zahl seiner Weggefährten nimmt zu. In den Preussischen Jahrbüchern dieser Zeit ist von «reichem Segen»[21] die

[21] Ernst von der Brüggen, zitiert nach: W.J. Mommsen, *Großmachtstellung und Weltpolitik 1870-1914. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches*, Frankfurt a.M. 1993, S. 60.

Rede. Aber noch immer – so möchte man sagen – ist die Auseinandersetzung um Kolonien eine Art Wettkampf im Schrittempo. Fabri allerdings ist längst davon überzeugt, daß der Kolonialismus für die Entwicklung Deutschlands eine 'Lebensfrage' schlechthin geworden ist. Passé sind die Zeiten, in denen Deutschland allein durch Intellekt und Literatur brillieren konnte. «Wir sind politisch und sind auch mächtig geworden», so notiert er 1879 und hält es mit dem französischen Nationalökonomen Pierre Paul Leroy-Beaulieu, der sein großes Opus über Kolonisation[22] mit der Diagnose schließt: «Diejenige Nation ist die größte in der Welt, welche am meisten kolonisiert; wenn sie es heute nicht ist, wird sie es morgen sein». Keine Frage, wer in den achtziger Jahren diese Position einnimmt. Englands Stärke allerdings nur nach der Zahl seiner Heeresmannschaft einzuschätzen, wie manche Zeitgenossen es tun, offenbart in Fabris Augen das «Raisonnement eines Spießbürgers». Beredtes Zeugnis für Englands kulturelle Kraft sind nach Fabris Überzeugung die weltumspannenden Besitzungen, für deren Kontrolle kaum ein Viertel des Militärs der kontinentalen Staaten nötig ist. Welche Maximen lassen sich daraus ableiten? Auf keinen Fall eine anglophobe Politik, die Englands Leistungen schmälert. «Was verstehen wir bis heute von Kolonien und Kolonial-Politik?», so fragt der ehemalige leitende Inspektor der Rheinischen Mission in Barmen eher rhetorisch. Wenig traut er deutschen Geheimräten zu, noch weniger der Ausbildung zwischen «Kneipe und Kolleg». Vorbild dagegen ist der koloniale englische Beamtenstand, charakterisiert durch «Lebenserfahrung und Geschick, Humanität und Selbständigkeit des Charakters». Aus diesem Befund leitet er die praktische Forderung ab, von dem kolonialen Geschick der angelsächsischen Vettern zu lernen und – in friedlichem Wetteifer – ihnen nachzustreben. Die Bewahrung deutscher Machtstellung bedarf eines soliden Fundaments, und dieses sieht Fabri in einer «Kultur-Mission» und dem «kolonisatorischen Beruf». Der Inspektor will Verständnis für die Bedeutung und Notwendigkeit kolonialer Besitzungen wecken und fordert zugleich eine Art «Juniorrolle» für das Deutsche Reich in seinem Verhältnis zu England. Und im Dogma von Kolonisation und «Kultur-Mission» sieht er die Zukunft Deutschlands. Doch die Bereitschaft für Selbstbeschränkung gegenüber dem Empire besteht weder jetzt noch in den neunziger Jahren, noch nach der Jahrhundertwende. Zunächst einmal muß Fabri sich mit der Erkenntnis abfinden, daß kolonialer Erwerb nicht nur keineswegs beherrschende Schlagzeile der Presse ist, sondern sich z.T. auch Widerstand gegen

[22] P.P. LEROY-BEAULIEU, *De la colonisation chez les peuples modernes*, (1874), Paris 1891[4].

seine Absicht formiert, durch überseeische Expansion die deutsche Machtentfaltung und ihren Bestand zu garantieren.

Ein Blick auf die koloniale Bewegung der 1880er Jahre macht deutlich, daß sie in steter und breiter Auseinandersetzung mit Bismarck und der Reichsleitung lebt. Doch während der Kanzler nach wie vor als steter Anhänger indirekter Herrschaft der Überzeugung huldigt, daß die Flagge dem Handel zu folgen hat, die ökonomischen Interessanten damit die Kosten also selbst übernehmen sollen, so ist für diese die politische Kalkulierbarkeit der Risiken eine conditio sine quo non für Investitionen. Ihre charakteristische Zurückhaltung resultiert auch aus der Tatsache, daß Bismarck politische Sicherheitsgarantien für den Ausbau der überseeischen Kolonien in Bausch und Bogen verwirft. Doch unabhängig von der Skepsis des professionellen Politikers hat die öffentliche Diskussion über Kolonien nach heftigen Geburtswehen ein breiteres Umfeld erreicht. 1881 wird der «Westdeutsche Verein für Colonisation und Export» gegründet mit dem Ziel, die Wirtschaft zu gewinnen. Aber die Aktion schlottert ins Leere, die kolonialen Propagandisten bleiben ein exklusiver Zirkel wirtschaftlicher Pseudoexperten, die – fast will es den Anschein haben – in sozialen Krisen zu Optimisten mutieren.

Die kleineren und mittleren Kolonialorganisationen finden ihre Heimat in dem «Deutschen Kolonialverein», der 1882 gegründet wird. Doch während dieser Verein sich in erster Linie als Propagandainstrument versteht, setzt sich die Gesellschaft für deutsche Kolonisation, 1884 von Carl Peters gegründet, das Ziel, der Propaganda Taten folgen zu lassen und Kolonien zu gründen. Es liegt auf der Hand, daß diese Gesellschaft durch einen radikalen Nationalismus gekennzeichnet ist. 1887 fusioniert diese Gesellschaft für deutsche Kolonisation mit dem deutschen Kolonialverein zur Deutschen Kolonialgesellschaft. Sie publiziert eine Wochenzeitschrift mit dem Titel «Deutsche Kolonialzeitung». Die kolonialen Interessenverbände und ihre Mitglieder rekrutieren sich meist aus dem Bildungsbürgertum und der Beamtenschaft, sie bilden aber alles in allem eine inhomogene Gruppe, die viele verschiedene, aber letztlich verwandte Gründe veranlaßt, auf das Karussel der kolonialen Propaganda aufzuspringen. Die Mehrheit der hanseatischen Kaufleute jedoch und die mit ihnen liierten Bankhäuser bleiben Anhänger des Freihandels und Gegner der Kolonien. Die Kolonialbewegung ist nicht in einer spezifischen gesellschaftlichen Schicht verankert, sondern macht Anleihen in vielen gesellschaftlichen Gruppen – vom Aristokraten bis zum Kleinbürger. Und: In der Zukunft erweist sie sich

eher als regierungsfreundlich und unterscheidet sich von den merklich dissonanten nationalistischen Tönen anderer Agitationsverbände.

Die Parteien im Kaiserreich sind zunächst – das zeigen zahlreiche Studien – nicht daran interessiert, der kolonialen Propaganda den Weg in die Realität zu ebnen. Wohlformulierte Sympathiebekundungen oder entschiedene Ablehnungen kommen nur selten über ihre Lippen, sie unterwerfen sich nicht dem «Entweder-Oder». Feststellungen wie «Das Wesen aller Kolonialpolitik [ist] die Ausbeutung einer fremden Bevölkerung in der höchsten Potenz»[23] sind selten. Doch die Kolonialbewegung kann sich bald auf eine Institution stützen, die anfänglich nur zögernd Beifall gespendet hat: die christliche Mission, die den «scramble for souls» einläutet. Da die Kolonialbewegung das Missionswesen fördert, kommt es nach anfänglichem Zögern zu einer engeren Kooperation von protestantischer Mission und deutscher Kolonialbewegung. Der Reichsgründer indes bleibt in diesem Punkt ein Skeptiker, auch als sich Ende der achtziger Jahre der politische Himmel über ihm zuzieht. Doch auch sein Nachfolger möchte das koloniale Thema nur ungern anschlagen, für ihn steht die Festigung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn im Vordergrund.

Caprivi hält darüber hinaus die Wiedererlangung von Helgoland für weitaus wichtiger als den Erwerb Sansibars. Dieser läßt sich im Getöse kolonialer Interessen zwar «legitimieren», aber er ist ungeeignet, die deutsche Stellung in Europa zu festigen. Doch diese Politik wird ihm als Beweis für Versagen und Verdrängen ausgelegt. Ungewollt präsentiert Caprivi mit seinen europäischen Prioritäten den Anlaß für eine Renaissance der kolonialen Bewegung. In einem Klima aggressiver Müdigkeit wird der Helgoland-Sansibar-Vertrag nun als koloniale Kapitulationsurkunde interpretiert, primär von den Alldeutschen[24], die sich zu einem immer mächtiger werdenden Verein gruppieren und einem «Herrenvolk» angehören möchten. Nun gelingt, was den Drillingen der Kolonialbewegung – Fabri, Hübbe-Schleiden und Weber – versagt blieb: Die Diskussion wird auf festen Grund gestellt, ja sie erhält massive öffentliche Unterstützung.

[23] A. BEBEL, zitiert nach: Sten. Berichte, 105, S. 628.

[24] Grundlegend: A. KRUCK, *Die Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939*, Wiesbaden 1954; M. PETERS, *Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkrieges, 1908-1914. Ein Beitrag zur Geschichte des völkischen Nationalismus im spätwilhelminischen Deutschland*, Frankfurt a.M. 1992; G. WOLLSTEIN, *Nationalistische Einpeitscher. Der Alldeutsche Verband vor dem Ersten Weltkrig*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», Nr. 79 vom 2. April 1993, S. 12.

Die Alldeutschen protestieren nicht nur gegen den «Verzicht»auf Ostafrika, der im Helgoland-Sansibar-Vertrag gewissermaßen in Paragraphen gegossen wird. Ihre Kritik richtet sich auch auf die von den Repräsentanten des «Neuen Kurses» geübte Konzentration auf die Wahrung der Reichsstellung in der Mitte Europas. Bülows taktische Absicht, im Windschatten britisch-russischer Rivalität Kompensationen für Zugeständnisse zu erhalten, kann die hybriden alldeutschen Erwartungen nicht zufriedenstellen. Ihre Ideen nähren sich von dem Gedankengut des Sozialdarwinismus. Sie greifen auf Paul de Lagardes (d.i. Paul Bötticher)[25] Lehren vom Volkstum zurück, machen sich Friedrich Ratzels Gedanken vom «Lebensraum» zu eigen und zeichnen sich durch einen erklärten Willen zur Macht aus. Zu den Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes gehören u.a. die Historiker Georg von Below, Karl Lamprecht, Dietrich Schäfer und zeitweise sogar auch Max Weber. Vorsitzender ist lange Zeit der nationalliberale Politiker Ernst Hasse, von 1893 bis 1903 Mitglied des Reichstags. Diktion und Inhalt der alldeutschen Forderungen lassem dem Leser wenig Raum für Zweifel: Bereits auf dem ersten Verbandstag im September 1894 postulieren sie: «Die Entfaltung aller friedlichen und kriegerischen Machtmittel des Deutschen Reichs zum Schutze der Deutschen im Auslande. Demgemäß Abstellung der z. Z. aus allen Erdteilen einlaufenden Klagen über die mangelnde Energie der Vertreter des Reichs bei der Ausübung dieses Schutzes»[26]. Und was die Anwesenden auch hören: «Vermehrung unserer Kreuzerflotte». Hasse steht diesen Forderungen in nichts nach, 1897 veröffentlicht er ein programmatisches Büchlein über deutsche 'Weltpolitik'. Darin verlangt er nicht nur – wie Bülow es zeitgleich tut – einen «Platz an der Sonne», sondern konstatiert im selben Atemzug: «Eine deutsche 'Weltpolitik' wird im schlimmsten Fall auch vor der Anwendung von Gewalt gegenüber anderen Kulturvölkern nicht zurückscheuen dürfen. Denn wenn sie verlangt und verlangen muß, daß keine Verschiebung der Machtverhältnisse, keine wesentliche Veränderung der Besitzverhältnisse zwischen den großen und mächtigen Völkern der Erde vor sich gehe, ohne daß Deutschland seine Zustimmung dazu erteilt und wenn diese Zustimmung nur im Falle der Gewährung gleicher Vorteile auch an Deutschland ausgesprochen wird, so liegt darin eigentlich nur eine Übertragung der jahr-

[25] Vgl. H. GLASER, *Bildungsbürgertum und Nationalismus. Politik und Kultur im Wilhelminischen Deutschland* (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart), München 1993, S. 210.

[26] Hier und im folgenden zitiert nach H. FENSKE, *Unter Wilhelm II. 1890-1918*, S. 92.

hundertelang in Geltung gewesenen Politik des sogenannten Konzertes der europäischen Großmächte auf die heutigen Weltmachtverhältnisse»[27]. Kriegerische Konflikte sind folglich keineswegs ausgeschlossen! Und der «Kampf ums Dasein» verlangt, so erfährt der Leser, nun einmal Opfer. Die Legitimation deutscher 'Weltpolitik' bzw. ihre Begründung liest sich mit Hasses Worten wie folgt:

«Wir wollen auch außerhalb unserer Reichsgrenzen frei von fremden Einfluß, fremder Bevormundung und Bewucherung bleiben. Aber wenn man uns den nötigen Ellbogenraum gewährt, dann gönnen wir auch Anderen Luft und Licht und Anteil an der Herrschaft über die täglich enger werdende, aber doch für die Menschheit noch genügende Erde».

Eine zentrale Rolle spielt in Hasses Gedankengut der Begriff «Volk», das einzige, so der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, was Bestand hat. Staaten, ihre Verfassungen und die Zustände der Gesellschaft seien permanenten Änderungen unterworfen. Aber:

«Das Volk ist das Einzige, was weitere Wandlungen überdauern wird. Freilich nur unter einer Voraussetzung, nämlich der, daß es an sich und im Vergleich mit anderen maßgebenden Völkern, groß ist, mächtig und frei. Für die Lebensbedingungen des 20. Jahrhunderts ist aber für das deutsche Volk eine kräftige deutsche 'Weltpolitik' die einzige Gewähr dafür, den Kampf um das Dasein zu bestehen. Darum tritt jeder Alldeutsche ein für eine deutsche 'Weltpolitik'».

Zum Repertoire des deutschen Imperialismus gehört auch die Vorstellung, 'Weltpolitik' am Goldenen Horn betreiben zu müssen. Die Wahrung deutscher Interessen vollzieht sich allerdings keineswegs durch Aufteilung oder Annexion des Osmanischen Reichs. Sie trägt eher informellen Charakter, auch wenn Pläne deutscher Publizisten eine völlig andere Gestalt annehmen. Paul Rohrbach beispielsweise, der zwischen 1897 und 1902 Rußland, Persien und die Türkei bereist, liebäugelt mit der «Schaffung eines großen deutschen Handelsgebiets im Bereich der Bagdadbahn»[28] und präsentiert damit neben anderen Agitatoren deutscher 'Weltpolitik' ein Stichwort, das bald in aller Munde ist und bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs[29] das wichtigste Prestigeobjekt des Reichs beschreibt. Doch während es Rohrbach in erster Linie darum geht, dem englischen Empire das Wasser abzugraben, also

[27] Hier und im foldenden zitiert nach E. HASSE, *Deutsche Weltpolitik*, hrsg. vom Alldeutschen Verband, München 1897, S. 10-16.

[28] P. ROHRBACH, *Deutsche Kolonialwirtschaft*, Berlin 1909, S. 168.

[29] Eine der neuesten Darstellungen: D. STEVENSON, *Armaments and the Coming of War. Europe, 1904-1914*, Oxford 1996.

um Prestige einzuheimsen, wird das Projekt von deutschen Banken weitaus nüchterner, aber mit nicht weniger Interesse betrieben. Berlin ist hochgradig daran interessiert, eine Aufteilung der Türkei zwischen Rußland und England zu unterbinden sowie mit diesen Mächten und Frankreich in wirtschaftliche Konkurrenz zu treten.

Zu Beginn der neunziger Jahre also paart sich der koloniale Gedanke mehr und mehr mit imperialistischem Gedankengut. Die Jahre von 1894 bis 1902 sind die Hochzeit der Agitationsverbände. Eines ihrer Kennzeichnen ist, daß ihr Programm eine Mischung aus Fakten und gut geschriebener Fiktion darstellt. Sie präsentieren sich offiziell als Fachanwälte deutscher wirtschaftlicher Interessen und bedienen eine weltfremde Mentalität, der die tatsächliche Welt der Wirtschaft verborgen geblieben ist. Caprivis Kanzlerschaft zeitigt in diesen Kreisen Enttäuschung und Empörung, ja sie ruft nach Korrektur. Im Dickicht von Verachtung und Verdacht folgt Bismarcks Nachfolger europäischen Prioritäten. Bülow und Tirpitz sind es dann, die verbal eine energische 'Weltpolitik' einleiten. Vor allem das gebildete Bürgertum verfällt nun dem kolonialen und kollektiven Taumel. Doch die große Diskrepanz zwischen Rhetorik und Realität ist nicht zu übersehen. Die koloniale Bewegung wähnt sich am Ziel, aber de facto ist sie keinen Schritt weiter: Ein Signum dieser Zeit ist, daß die imperialistische Rhetorik nicht in den Gewinn weiterer kolonialer Gebiete einmündet und die Entwicklung der wenigen deutschen «Schutzgebiete» wenig vielversprechend ist. Mit dem Ende des 19. Jahrhunderts hat die imperialistische Expansion und Rivalität ihren Höhepunkt in Afrika erreicht, doch die rosaroten Erwartungen bleiben.

Zu keinem Zeitpunkt fehlt es an Plänen, den überseeischen Besitz zu erweitern. Der Schwerpunkt dieser Visionen liegt nach wie vor in Afrika. Vorstellungen von einem deutschen Mittelafrika, also einem zusammenhängenden Kolonialreich von Ost- nach Westafrika, sind für das koloniale Programm und die koloniale Bewegung konstitutiv, auch wenn Mitteleuropa immer konkurrenzlos bleibt. Marokko steht zeitweilig in den Schlagzeilen. Und ein neues politisches Profil zeichnet sich ab: Erfolge sollen nicht mehr gegen Großbritannien erstritten werden. Auf englischer Seite formiert sich Sir Edward Grey zum vornehmsten Sprecher dieser Politik. Ein deutsch-englisches Kolonialabkommen wird noch vor dem Ersten Weltkrieg reflektiert und schließlich paraphiert[30].

[30] Vgl. dazu M. FRÖHLICH, *Von Konfrontation zur Koexistenz: Die deutsch-englischen Kolonialbeziehungen in Afrika zwischen 1884 und 1914*, Bochum 1990, S. 267-311.

Der Reichsleitung sind die Antriebskräfte der britischen Politik kein Geheimnis. Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg und Staatssekretär Alfred von Kiderlen-Wächter stoßen in ihrer Opposition gegen die Flottennovelle gerade bei den deutschen Diplomaten in London, Botschafter Paul Graf von Wolff-Metternich und Botschaftsrat Richard von Kühlmann, auf verwandte Gedanken. Mit analytischem Blick teilt Kühlmann im Januar 1912 dem Kanzler mit: «Entweder Deutschland benützt unter Verwertung der Machtmittel zu Lande und unter voller Beibehaltung des Flottengesetzes, aber ohne Änderung des Bauplanes, die gegenwärtige in England herrschende Stimmung, um sich Großbritanniens Zustimmung zu Arrangements zu sichern, welche Deutschland eine Zukunft als koloniale Großmacht verbürgen, führt damit zugleich eine Entspannung zwischen beiden Ländern herbei und leitet eine Epoche freundlicherer diplomatischer Beziehungen ein, oder aber es vergrößert, dem Druck eines Teils der Presse folgend, sein Flottenprogramm ... und zerstört dadurch sowohl die Möglichkeit einer kolonialen als auch einer allgemeinen politischen Verständigung mit England und erhöht zugleich die Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes mit den Mächten der Tripelentente»[31]. Deutliche Worte! Doch für Bethmann Hollweg besteht das schier unlösbare Problem darin, sich von den Fesseln der Strategien des Generalstabs, des Tirpitz-Planes sowie last but not least den Hypotheken der 'Weltpolitik' zu befreien. Ohne Hilfe des Auslands ist die Bewältigung dieser Aufgabe kaum möglich. Allerdings lassen die anderen Mächte nur wenig Anzeichen erkennen, dem Reich die Umkehr zu erleichtern. Immerhin werden von einigen Mitgliedern des britichen Kabinetts Impulse ausgesandt, die von den Protagonisten einer deutsch-englischen Verständigung aufgegriffen werden.

Nicht zu ihnen zählt der Marineattaché Wilhelm Widenmann, der ebenfalls an der deutschen Botschaft die englische Politik beobachtet und Metternich wie Kühlmann in seinen Briefen nach Berlin hart zusetzt. «Je größer und dauernder die deutsche Flotten-Konzentration schon in Friedenszeiten in der Nordsee sein wird, um so mehr wird man in England trotz des defensiven Grundgedankens an den offensiven Geist der deutschen Flotte glauben lernen, und umso günstiger wird daher ihr Einfluß auf den von uns zu führenden Landkrieg werden»[32]. Keine

[31] GP 31, Nr. 11345.

[32] Zitiert nach G. SCHÖLLGEN, *Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage 1871-1914*, München 1992², S. 335.

Frage, daß diese Berichte von Wilhelm II. und Tirpitz lieber gehört werden als die auf Maß und Mäßigung bedachten Denkschriften derjenigen, die später als «liberale Imperialisten» bezeichnet werden. Gemeint sind u.a. Metternich und Karl Max Fürst von Lichnowsky, Kühlmann und der deutsche Gesandte in Lissabon, Friedrich Rosen, aber auch der Leiter des Reichkolonialamts, Wilhelm Solf. Ihre Überzeugung ist, durch kolonialen Zugewinn, der allerdings erst noch auszumachen ist, die Phalanx der Flottenrüster aufzubrechen, ihre Speerspitze von Großbritannien abzulenken und damit die Gefahr eines englischen Beitritts zum Zweibund abwehren zu können. Zwar gelingt es, entsprechende Gespräche zu führen, doch läßt sich zwischen den Flottenrüstern und den Propagandisten eines größeren Kolonialreichs keine tragfähige Brücke schlagen. Tirpitz' Widerstand ist zu groß, die Attraktivität eines deutschen Mittelafrika zu gering. Auch die Öffentlichkeit ist für das Projekt nicht zu gewinnen, Schlagzeilen bilden andere Stichworte, so etwa Friedrich von Bernhardis Buch *Deutschland und der nächste Krieg*. Dieses Opus von mehreren hundert Seiten ist vor dem Krieg fast in aller Munde. Bernhard stellt die Frage «Sein oder Nichtsein?». In kalter Ausschließlichkeit plädiert er für eine Abrechnung mit Frankreich, um für die 'Weltpolitik' Armfreiheit zu gewinnen. In der Tat lesen sich die Ausführungen wie eine Aufforderung zum Krieg, und sie finden im Ausland gebührende Beachtung! «Zunächst würde unsere politische Stellung schon dadurch sehr wesentlich befestigt werden», so Bernhardis Argumentation, «wenn wir die fortdauernd bestehende Gefahr, bei günstiger Gelegenheit von Frankreich angegriffen zu werden, sobald wir anderwärts in Verwicklungen geraten, endgültig beseitigen könnten. Auf die eine oder die andere Weise muß mit Frankreich abgerechnet werden, wenn wir Armfreiheit für unsere 'Weltpolitik' gewinnen wollen. Das ist die erste und unbedingteste Forderung einer gesunden deutschen Politik, und da die französische Feindschaft auf friedlichem Wege ein für allemal nicht zu beseitigen ist, muß es eben durch Waffengewalt geschehen. Frankreich muß so niedergeworfen werden, daß es uns nie wieder in den Weg treten kann».

Doch damit nicht genug! Bernhardi will bei den Nachbarn des Reichs die Überzeugung wecken, daß ihre Selbständigkeit (!) und ihre Interessen unter dem Schirm deutscher Waffen am ehesten gewahrt bleiben. Ihm schwebt die Vision vor, auf diese Weise den Dreibund zu einem «mitteleuropäischen Bunde» zu erweitern; Deutschlands Macht in der Mitte Europas würde so gestärkt und die Ausgangsbasis für einen Krieg verbessert. Diese Überlegungen sind kein exzentrisches Produkt ihrer Zeit, aber auch nicht repräsentativer Ausdruck der öffent-

lichen Meinung. Sie sind charakteristisch für die nationalistische Rechte, die aggressive 'Weltpolitik' auf ihre Fahnen schreibt und sich in Einschüchterungsaktionen gefällt; dies um so mehr, als die Illusion einer Partnerschaft mit England nach dem Scheitern der Haldane-Mission endgültig hinweggeräumt worden ist. Das Vokabular speist sich aus dem Gedankengut des Sozialdarwinismus, die Rede ist vom Überlebenskampf der Völker und Rassen! Der rechte Nationalismus etabliert sich als Macht, die in der Regierung Bethmann Hollwegs keine Gesinnungsfreunde mehr findet und alles tut, um die Regierung unter Druck zu setzen, erst recht nach der zweiten Marokkokrise. Mehr und mehr leistet die Unfähigkeit zu politischen Lösungen, wie sie im Rahmen der Haldane-Mission von Bethmann Hollweg vergeblich angestrebt worden sind, der Konfliktbereitschaft und damit auch den Militärs Vorschub. Der Rüstungswettlauf wird zu einem konstitutiven Merkmal der Außenpolitik. Die Pflege des militärischen Apparats nimmt machmal den Charakter eines Selbstzwecks an, auf jeden Fall ist die Ausfrüstung doppelgesichtig und widersprüchlich. Sie ist Ersatz für den Bündnispartner, aber auch ein Magnet, der den eigenen Bündniswert erhöhen soll. Hinzu kommt, daß aus der Sicht Berlins Konferenzen wie die in Algeciras für die deutschen Interessen unbefriedigend endeten. Damit steigt die Bedeutung militärischer Durchschlagskraft. 'Unmerklich' werden auf diese Weise Akzente verlagert. Natürlich hatte der Krieg immer als Mittel der Politik gegolten, doch er scheint sich jetzt zunehmend, ja unwiderstehlich in das Zentrum des imperialistischen Repertoires zu schieben. Die Resonanz auf Bernhardis Buch ist ein deutlicher Beleg.

Bernhardis Thesen bleiben allerdings nicht unwidersprochen! Inspiriert von dem deutschen Botschaftsrat in London, Richard von Kühlmann, präsentiert der Journalist Hans Plehn eine Replik unter dem Titel *Deutsche Weltpolitik und kein Krieg*![33] Energisch weist er die Ansicht zurück, daß 'Weltpolitik' nach der zweiten Marokkokrise nur durch einen europäischen Krieg möglich sei, und stellt damit Bernhardis essentielle Aussagen in Frage. Plehn reflektiert die «Notwendigkeit» eines Präventivkriegs und deutscher Expansion, analysiert das Verhältnis zwischen Expansionspolitik und der bisherigen Außenpolitik; er untersucht die Konstellation der Mächtegruppen und widmet sich abschließend den deutschen Interessen im Orient sowie in Zentralafrika. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Frage, ob der «Nahe Osten

[33] H. PLEHN, *Deutsche Weltpolitik und kein Krieg*, Berlin 1913.

zwischen der bosnischen Grenze und dem Persichen Golf» ein günstiges Terrain für deutsche Expansion darstellt. Doch während sich deutsche Parteinahme auf dem Balkan für österreichische Interessen keineswegs rentiert, stellt sich das Projekt der Bagdadbahn in einem gänzlich anderen Licht dar. «Es liegt auf der Hand», so ist in seiner Schrift zu lesen, «daß unsere Interessen eine Erhaltung oder vielmehr eine Konsolidierung des türkischen Reichs im höchsten Maße wünschenswert machen. Unsere Interessen», so argumentiert Plehn, «liegen vor allem in dem wichtigen Unternehmen der Bagdadbahn, in die wir an die 600 Millionen Mark hineingesteckt haben, und in unserem Handel, der allerdings ... eine sehr viel geringere Summe repräsentiert»[34]. Bilanzierend heißt es: «Die Türkei in Asien ist eine Macht, die im Falle des Zusammenbruchs außerordentlich schwer zu ersetzen wäre. In der europäischen Türkei waren die christlichen Rajahvölker in der Lage, geordnete politische Verhältnisse an die Stelle des türkischen Regimes zu setzen. Aber wenn die türkische Herrschaft auch in Asien zusammenbrechen sollte, so könnte man von den Arabern, Kurden und Armeniern keine ähnliche staatenbildende Kraft erwarten». Für den Fall des Zusammenbruchs befürchtet Plehn Anarchie. Wovor er ausdrücklich warnt, ist eine «Zersplitterung der Kräfte»[35]. Und das heißt konkret: entweder Vorderasien oder Zentralafrika. Präferenz gibt er dem afrikanischen Kontinent. Da weltpolitische Interessen nach Plehns Überzeugung wirtschaftlicher Natur sind, legt er das Hauptaugenmerk auf belgisches und portugiesisches Territorium, das jedoch nicht gewaltsam enteignet werden soll. Da weder Belgien noch Portugal über ausreichende Mittel der Erschließung verfügen, denkt Plehn an wirtschaftliche Hilfe, die dem Reich die Anwartschaft auf die Kolonien sichern soll, sofern der Besitz einmal veräußert wird. Der Verfasser setzt damit Bernhardis Forderung nach einem Präventivkrieg konkrete Ziele der Expansion entgegen, die dem Drang nach Ausdehnung gerecht würden, ein Ventil für «überschüssige Volkskraft»[36] schaffen sowie realistisch und gefahrlos seien. «Nicht der Krieg», so hält er dem Militär entgegen, «sondern die Diplomatie muß das Mittel sein, eine erfolgreiche und zugleich möglichst gefahrlose Expansionspolitik zu führen». Und diese bietet sich an in Form einer Juniorpartnerschaft mit England! Plehn und Kühlmann geben also ein Votum ab für Bethmann

[34] *Ibidem*, S. 68 f.

[35] *Ibidem*, S. 70.

[36] *Ibidem*, S. 15.

Hollwegs Politik moderater Expansion. Die Frage nach Weltmacht oder Niedergang stellt sich ihnen in dieser Ausschließlichkeit nicht. Keine Spur von kämpferischem oder drohendem Vokabular!

Entspannung und Zusammenarbeit sind Stichworte, die im Kontext der Konfliktlokalisierung und Kriegsvorbereitung vor 1914 durchaus zu vernehmen sind; doch ihre Wirkung ist begrenzt. Den Stellenwert der kolonialen Bewegung und der Kolonialpolitik im Geflecht der auswärtigen Beziehungen definiert Bethmann Hollweg vor dem Krieg wie folgt:

«... eine starke Politik kann Deutschland gerade im Sinne einer Weltpolitik nur führen, wenn es sich auf dem Kontinent stark erhält. Nur das Gewicht, das wir als Kontinentalmacht einsetzen, ermöglicht Welthandel und Kolonialpolitik»[37].

Der 'deutsche Kolonialismus ohne Kolonien' beginnt mit dem Ersten Weltkrieg, das Reich verliert bald seine überseeischen Territorien. Diese Tatsache bedeutet nicht, daß die publizistische Rhetorik auf dieses Thema verzichtet. Allerdings muß es sich die Aufmerksamkeit mit alldeutschen Plädoyers für Siedlungskolonien im Osten des Kontinents teilen. Die koloniale Kriegszieldiskussion findet ihr Ende zunächst mit der militärischen Niederlage. Doch die Erben des wilhelminischen Establishments versuchen den kolonialen Gedanken lebendig zu halten. Aber jetzt fehlt erst recht das geeignete Visavis, sieht man von den üblichen Forderungen ab, die im Krieg verlorenen Kolonien zurückzuerhalten. 1922 wird die koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft, kurz Korag, gegründet – ohne großen Widerhall. Beim Durchbuchstabieren dieses 'neuen' Kolonialismus wird allerdings deutlich, daß die alten Propagandisten ins Stocken geraten sind: Noch immer werben sie mit Argumenten der Kaiserzeit, scheinen aber mit sich selbst hin und wieder im Zweifel zu liegen. Die Titel einschlägiger zeitgenössischer Literatur sprechen Bände, sie sind dem Gedanken der Rechtfertigung verhaftet und üben sich detailfreudig und materialreich in dem «Beweis», daß der deutsche Kolonialismus vor der Wirklichkeit nicht versagte, er auf jeden Fall eine zweite Chance verdient[38]. Die Publikationen bewegen sich, bald intensiver, bald zurückhaltender, zwischen Anklage und Verteidigung. Das inhaltliche Repertoire ist der Kaiserzeit entlehnt, die dritte Aufteilung Afrikas wird angemahnt. In einer Publikation aus dem Jahr 1925 heißt es:

[37] Zitiert nach: W.J. MOMMSEN, *Großmachtstellung und Weltpolitik*, S. 225.

[38] Vgl. H. ZACHE (ed), *Das deutsche Kolonialbuch. Mit etwa 275 Abbildungen und 7 Karten*, Berlin - Leipzig 1925.

«Eine Besserung für uns muß kommen, und sie wird kommen, denn ich glaube an den Sieg der Wahrheit und des Rechts. Deutschlands Anteil an der Erschließung Afrikas, seine Leistungen auf kolonialem Gebiete sind zu groß, als daß es dauernd von der gemeinsamen Kulturarbeit der europäischen Staaten in Afrika ausgeschlossen werden könnte. *Unsere Aufgabe aber muß es inzwischen sein, den kolonialen Gedanken im Volke wachzuhalten, ihn zu hegen und zu pflegen, damit, wenn der ersehnte Zeitpunkt kommt, unser Volk zum Werke bereit ist*»[39].

Fragt man – wie es die Volkswirtschaftler auf dem Kongreß in Berlin mit ungalanter Beharrlichkeit für die Vergangenheit taten – nach der Bilanz der kolonialen Bewegung und Unternehmung, dann findet man rückblickend die Skepsis die Ökonomen bestätigt. Von wirtschaftlichem Gewinn läßt sich nur in äußerst begrenztem Umfang sprechen. Die koloniale Bewegung vermochte zudem nicht ihre Prognose einzulösen, daß Kolonien eine Heilung innerer Krisen ermöglichten. Wie auch? Der zeitgenössische Beobachter und der rückblickende Historiker können sich z.T. des Eindrucks nicht erwehren, daß die Verkleidung mehr zählte als das Kleid. Ein Charismatiker wie Fabri vermochte diese Konflikte sozusagen verschmieren, das Vertrauen der Banken in überseeische Unternehmungen ließ sich auf diese Weise nicht polstern. Pathos und Kraftmeierei, die manchen Kolonialagitatoren leicht von der Zunge gingen, waren kein Anreiz, einen Wechsel auf die Zukunft auszustellen. Und diejenigen, die tatsächlich wie Peters und andere mit Gewehr und Feder[40] für Expansion kämpften, sahen sich am Ende enttäuscht – über das Ergebnis wie die Aussichten. Wie perfekt auch immer die Klaviatur des Kolonialismus beherrscht werden mochte, die koloniale Bewegung stand tief im Schatten des Alldeutschen Verbandes und des Flottenvereins, Gruppen, die lärmend und beharrlich, radikal und resonanzvoll für ihre Ziele fochten.

Soziale, ökonomische, nationale und ideologische Krisen grassierten unabhängig von der Existenz überseeischer Kolonien. Sie fingen auch den Bevölkerungsdruck nicht auf. Vor allem waren sie kein Ziel für Auswanderung. Mehr noch: Mit dem überseeischen Hauptauswanderungsland USA konnte kaum eine Kolonie konkurrieren[41]. Auch die

[39] W. SOLF, *Der deutsche koloniale Gedanke, ibidem*, S. 12-13, hier, S. 21 f. Kurisv im Original.

[40] Vgl. allgemein: W.J. MOMMSEN (ed), *Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg*, München 1996.

[41] Vgl. R. POMMERIN - M. FRÖHLICH, *Quellen zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1776-1917*, S. 82; K.J. BADE, *Vom Tödde zum Handelsherrn. Asyl retrospektiv: Das Auswandern war des Deutschen Lust*, in «Frankfurter Allgemeine Zeitung», Nr. 58 vom

wirtschaftsideologischen Argumente der Kolonialpropagandisten verloren an Werbekraft. Außerdem waren sämtliche deutschen «Schutzgebiete» aus klimatischen Gründen alles andere als Territorien für Massenbesiedlung. Die Kolonialbewegung erreichte also nie das Ausmaß einer großen nationalen Massenbewegung. Die Mitgliederzahl der kolonialen Vereine – Deutsche Kolonialgesellschaft 14.000 – deutet auf keine große nationale Begeisterung für Kolonien hin. Und es war selten, daß der Reichstag Vorträgen über koloniale Fragen energisch applaudierte. Außerdem wirkten sich Krisen und Aufstände in Afrika durchaus in Europa resp. Deutschland aus. Die sogenannten Hottentottenwahlen (25. Januar 1907) waren ein eindrucksvolles Beispiel. Aber ein «Export der sozialen Frage» fand nicht statt. Er konnte nicht einmal in Ansätzen realisiert werden.

Auch die wirtschaftlichen Blütenträume erfüllten sich nicht. Als Rohstofflieferant und als Markt für deutsche Waren spielten die Kolonien kaum eine Rolle. 1904 beispielsweise exportierte das Reich allein in die Schweiz mehr als in den 20 Jahren seit 1884 in alle «Schutzgebiete» zusammen. Deutsche Unternehmen wollten in der Regel ihr Kapital nicht auf dem Altar glattester Kolonialpropaganda opfern. Wenn im Ausland investiert wurde, dann vorwiegend in wirtschaftlich stark entwickelten Ländern[42]. 1913 machte der Kolonialexport nur 0,6% des gesamten Außenhandels aus. Allerdings ging man in die Irre, wollte man daraus die Folgerung ableiten, daß das koloniale Abenteuer ein reines Verlustgeschäft gewesen wäre. Die wirtschaftliche Bilanz erscheint eher wie eine Privatisierung der Gewinne und eine Sozialisierung der Verluste, so haben es Klaus Jürgen Bade und andere treffend formuliert[43]. Die Kolonialfrage hat nur wenig zu einer Verschärfung der weltpolitischen Gegensätze beigetragen. Sie hat weder eine wirtschaftliche Verflechtung in die Weltpolitik bewirkt, noch war sie ein vorrangiger Aspekt deutscher Weltpolitik. Zwar war sie kein Anachronismus, wie die Volkswirte auf dem Berlines Kongreß behaupteten, wohl aber eine Bewegung, die als Treibsatz für Proteste letztlich auf Treibsand ruhte.

10. März 1993, S. 5; K.J. BADE (ed), *Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart*, München 1992.

[42] Vgl. K. KOHUT - D. BRIESEMEISTER - G. SIEBENMANN (edd), *Deutsche in Lateinamerika – Lateinamerika in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1996.

[43] K.J. BADE, *Die deutsche Kolonialexpansion in Afrika. Ausgangssituation und Ergebnis*, in W. FÜRNROHR (ed), *Afrika im Geschichtsunterricht europäischer Länder. Von der Kolonialgeschichte zur Geschichte der Dritten Welt*, München 1982, S. 13-47, hier S. 38; F. STAMPFER, *Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik*, Offenbach 1947, S. 592.

Ihr langsames Scheitern zeichnete sich in den neunziger Jahren ab. Allmählich senkte sich die Tatsache in das Bewußtsein, daß das Programm der achtziger Jahre auf tönernen Füßen stand. Die koloniale Bewegung, am Spätnachmittag in die Geschichte eingetreten, verabschiedete sich bereits am frühen Abend wieder, ohne den Kolonialismus zu inthronisieren.